

Bezugspreis: Für den Monat November 400.- M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinprovinz sowie Österreich und Luxemburg 490.- M. für das übrige Ausland 500.- M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Schweden, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Montag, den 13. November 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Volkshauskonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Anzeigenpreis: Die einseitige Anzeigenzeile kostet 80.- M. Reklamzeile 400.- M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20.- M. (zulässig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 16.- M. Stellengedruckte und Schloß-Adressanzeigen das erste Wort 10.- M., jedes weitere Wort 8.- M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 25.- M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Forderungen der Beamten.

Auch in den Kreisen der Beamtenschaft, die auf wirtschaftlichem Gebiet bisher sehr zurückhaltend gewesen sind, wird der Ruf nach durchgreifenden Maßnahmen der Abhilfe dringend erhoben. Soeben hat der Allgemeine Deutsche Beamtenschaftsbund Vorstellungen beim Reichskanzler in dieser Angelegenheit erhoben. In dem Schreiben wird die allgemein bekannte katastrophale Entwicklung, wie sie sich für Festbesoldete in den letzten Monaten gestaltet hat, geschildert. Es wird auf die zahlreichen Pläne zur wirksamen Abhilfe hingewiesen. Dann heißt es weiter:

„Große Teile des Volkes haben den Eindruck, daß die Möglichkeiten, die Deutschland im Rahmen der gegebenen außenpolitischen Bedingungen zur Selbsthilfe noch geblieben sind, wegen des Widerstandes gewisser von der Seidentwertung nicht so stark betroffenen Wirtschaftsgruppen bisher nicht ausgenutzt worden sind. Noch lebt die Hoffnung, daß es endlich gelingt, aus den vielen Diskussionen und Erwägungen heraus die dringendsten Maßnahmen zu treffen, um wenigstens die Verschlechterung der herrschenden Zustände zu verhindern. Wir erwarten insbesondere die beschleunigte Durchführung nachstehender Maßnahmen:

1. Währungsreform unter Heranziehung der vorhandenen Sachwerte und verfügbaren Goldbestände als Garantiebasis.

2. Unterbindung der wilden Spekulation (Schaffung eines goldwertbefähigten Anlagepapiers).

3. Unterbindung der Kapitalflucht und der sogenannten „Flucht aus der Mark“.

4. Eintreibung sämtlicher ausstehenden Steuern, monatliche Erhebung der vorläufigen Einkommensteuer von 1922 von den nicht unter das Lohnabzugsverfahren fallenden Steuerpflichtigen nach dem auf Grund von Selbsteinschätzung festgestellten leihmonatlichen Einkommen. Wird bei der endgültigen Veranlagung ein Zurückbleiben des selbst eingeschätzten Einkommens hinter dem tat-

sächlichen steuerpflichtigen Einkommen von mehr als 20 Proz. festgestellt, so ist für die Differenz die Steuer im Gegenwert des zurzeit der Fälligkeit vorhandenen Goldwertes der Steuer, mindestens jedoch im doppelten Betrage, zu entrichten.

5. Sicherstellung der Produkte inländischer Herkunft, insbesondere der Nahrungsmittel zur Versorgung der Bevölkerung unter rücksichtsloser Unterbindung aller ungerechtfertigten wucherischen Preistreiberereien.

Wenn von gewisser Seite immer wieder und in letzter Zeit in erhöhter Maße der Hinweis gemacht wird, daß eine Behebung unserer wirtschaftlichen Notstände nur durch Erhöhung der normalen Arbeitsdauer erreicht werden könnte, so wird demgegenüber auch von uns einer solchen Verbindung der Frage der Arbeitszeit mit der Lösung dieser Finanz- und Wirtschaftsfragen entschieden widersprochen. Es geht nicht an, daß Sanierungsversuche lediglich auf Kosten der Arbeitskraft des werktätigen Volkes, zu dem auch die Beamten gehören, gemacht werden, wobei letzten Endes wiederum die arbeitnehmenden Schichten um den Ertrag dieser geforderten Mehrarbeit gebracht würden, ohne daß dadurch die Gewähr für eine wirkliche Verbesserung der Lage gegeben werde.“

Der Allgemeine Deutsche Beamtenschaftsbund betont dann, daß er die oben aufgeführten Forderungen im Namen von Hunderttausenden von Beamten vortrage, und daß die von ihm vertretene Beamtenschaft bereit sei, sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften für die Durchführung solcher Sanierungsmaßnahmen einzusetzen, daß sie ferner zur Unterstützung aller, die solche Maßnahmen zu ergreifen gewillt sind, bereit sei, und daß er in letzter Stunde hofft, es möge bald etwas geschehen, was Mittel zur Abhilfe der unheilbar gewordenen Zustände und katastrophal werdenden Entwicklung bietet.

Beamte und Wirtschaftspolitik.

Von Albert Falkenberg.

Auch ohne Hinzuziehung von Sachverständigen wächst in Arbeitnehmerkreisen die Erkenntnis, daß Lohn- und Gehaltsbewegungen nicht ausreichen, um die Einzelwirtschaft vor dem Zerfall zu bewahren. Daher die Bestrebungen der Gewerkschaften, eine stärkere Beeinflussung der allgemeinen Wirtschaft zu erreichen. Was längst Gemeingut der Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen war, findet unter dem Druck der unerträglich werdenden Wirtschaftsnote auch in den Beamtensorganisationen Anerkennung, die Tatsache nämlich, daß man Gehaltserhöhungen in der Zeit katastrophaler Wirtschaftsentwicklung zwar als ein Mittel zur Verlangsamung des Verelendungsprozesses gelten lassen muß, daß sie aber keineswegs als Ersatz einer vom Gewerkschaftsstandpunkt zu treibenden Wirtschaftspolitik angesehen werden können.

Solange die Beamten nicht erkennen, daß sie als Verkäufer ihrer Arbeitskraft in die Reihen der übrigen Arbeitnehmer gehören, bleiben alle Versuche, sie für die wirtschaftspolitische Praxis zu gewinnen, erfolglos. Erst die steigende Not hat hier Wandel geschaffen. Und dennoch nicht in dem erforderlichen Ausmaße, weil viele Schichten der Beamten immer noch vor den Konsequenzen zurückschrecken, die der Wirtschaftskampf von allen fordert, die ihn als Notwendigkeit begriffen haben. Immer noch wird vielfach im Beamtenslager die Auffassung zielmäßiger Wirtschaftsforderungen umgangen, weil man befürchtet, die gemerkschaftliche Neutralität durch sein eigenes Wirtschaftsprogramm zu diskreditieren. Man scheut sich, in Wirtschaftstragen Farbe zu bekennen und versteckt sich hinter dem Einwand, daß in Zeiten anormaler Wirtschaftsentwicklung Grundgesamtheit unmöglich sei.

Dabei wird übersehen, daß auch in der Wirtschaft Gegenwarts- und Zukunftspolitik innere Zusammenhänge aufweisen. Ist nicht die Profitsucht weiter Kreise in Handel, Industrie und Landwirtschaft mit ausschlaggebend für die Wirtschaftsnote der breiten Massen? Wären jene Kreise überhaupt in der Lage, ihre Vormachtstellung zum Schaden der Massen auszunützen, wenn ihr Egoismus nicht die sicherste Stütze im Profitsuchtsystem fände? Haben also die Ausgebeuteten — und zu ihnen zählen nicht zuletzt die Beamten als Arbeitnehmer und Verbraucher — ein Interesse daran, dieses System zu schützen? Immer noch aber sind sie im wesentlichen über jenen Zustand der Ermüdungen nicht hinausgekommen, den sie so oft bei den maßgebenden Stellen zu kritisieren Gelegenheit finden. Und doch liegt eine stärkere Anteilnahme breiter Arbeitnehmerkreise an der positiven Wirtschaftspolitik durchaus nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern ebenso sehr im Interesse der Gesamtheit, denn nur dann, wenn jene politischen Kräfte und Persönlichkeiten in den maßgebenden Instanzen des Staates, die eine den Arbeitnehmerinteressen dienliche Politik selbst gegen Widerstände durchzusetzen sich bemühen, von den Massen eine über die Landesgrenzen hinaus sichtbare Unterstützung erfahren, kann es gelingen, ihren Vorschlägen und Maßnahmen den erforderlichen Nachdruck zu verleihen.

Die von den Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten in einer Eingabe an den Reichskanzler gestellten Forderungen, deren Erfüllung geeignet wäre, dem weiteren Verfall unserer Währung zu steuern und die Volksernährung mit inländischen Produkten sicherzustellen, sind in einer Zuschrift des Allgemeinen Deutschen Beamtenschaftsbundes an den Reichskanzler anerkannt bzw. ergänzt worden. Der in dieser Eingabe enthaltene Hinweis auf die Höhe der Kaufkraft der Oktobergehälter liefert den bündigen Beweis für die allgemeine Herabsetzung der Lebenshaltung. Im trassen Gegensatz zu dieser Tatsache steht das Ergebnis der bisherigen Steuerpolitik. Während von Arbeitern, Angestellten und Beamten seit 1920 der zehnpromzentige Lohn- und Gehaltsabzug gefordert wird, genießen die nicht unter das Lohnabzugsverfahren fallenden Steuerpflichtigen immer noch den Vorzug, von der Steuerentlastung weitestgehend befreit zu sein. Die Forderung des Allgemeinen Deutschen Beamtenschaftsbundes betr. sofortiger Eintreibung sämtlicher ausstehender Steuern sowie die monatliche Erhebung der vorläufigen Einkommensteuer von 1922 von den nicht unter das Lohnabzugsverfahren fallenden Steuerpflichtigen nach dem auf Grund von Selbsteinschätzung festgestellten leihmonatlichen Einkommen ist daher ebenso berechtigt wie das Verlangen, daß bei Feststellung eines Zurückbleibens des selbst eingeschätzten Einkommens hinter dem tatsächlichen steuerpflichtigen Einkommen von mehr als 20 Proz. bei der endgültigen Veranlagung für die Differenz die Steuer im Gegenwert des zurzeit der Fälligkeit vorhandenen Goldwertes der Steuer, mindestens jedoch im doppelten Betrage zu entrichten sei.

Zu ihrem eigenen Schaden haben die Beamten bisher versucht, sich in einem gewissen Abstand von den brennenden Wirtschaftsfragen zu halten, in der Meinung, daß ihr besonderes Verhältnis zum Staat sie vor der Hineinziehung in den allgemeinen Wirtschaftskampf bewahren könnte. Gerade in diesen Tagen hat ja diese Auffassung eine besondere Blüte erblüht: die Trennung der Verhandlungen über Lohn- und Gehaltsfragen. Schlagend hat das Ergebnis der hier verwirklichten

Die Regierungsfrage.

Vertagung der Kanzlerrede. — Instruktionen nach Paris.

In der Frage der Regierungsumbildung hat auch der gestrige Sonntag und der heutige Vormittag eine Klärung noch nicht gebracht. Man nimmt daher an, daß die große Aussprache im Reichstag, die am Dienstag beginnen sollte, verschoben werden wird. Große Bedeutung wird der heute abend stattfindenden Fraktionsitzung des Zentrums beigegeben, in der die vorhandenen tatsächlichen Gegensätze über die Richtlinien der Reparationspolitik und die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition zum Ausdruck gebracht werden sollen. In diesem Zusammenhang sind die Bemühungen des Reichsfinanzministers Dr. Hermes bemerkenswert, die Reichsbank zu einer aktiven Währungspolitik zu befehlen.

Das von den Parteiführern eingesetzte Komitee zur Beratung eines Währungsprogramms hat seine Arbeiten am Sonntag beendet. Sämtliche im Ausschuss vertretene Parteien, darunter auch die Deutsche und die Bayerische Volkspartei, haben gewissen Formulierungen, denen man aber keine besondere Bedeutung zusprechen kann, unter der Voraussetzung zugestimmt, daß sich die Fraktionen dem anschließen. Das Programm sollte eigentlich dem Kabinett als Unterlage für die anfängliche des heutigen Zusammentritts der Reparationskommission in Paris zu richtenden Instruktionen dienen. Es ist aber anzunehmen, daß die Regierung über die Kompromißformulierungen der Parteien hinausgeht und heute noch weitergehende Instruktionen nach Paris gibt. Jegendeine Rückwirkung der Formulierungen auf die jetzt erstrebte Aenderung des Regierungsverhältnisses ist nicht zu erwarten.

Verschiebung der Orientkonferenz.

Die französische Regierung hat im letzten Augenblick nachgegeben und die von England geforderte Verschiebung der Lausanner Konferenz bis zum 20. November angenommen. Hapas verbreitet darüber folgende Note:

Ferid Bey, der Vertreter der Angoraregierung, ist vom Ministerium des Neuhern offiziell von der Vertagung der Lausanner Konferenz bis zum 20. November verständigt worden. Ferid Bey hat sofort die notwendigen Schritte unternommen, den Führer der türkischen Abordnung, Ismet Pascha, der am 9. November Konstantinopel verlassen hat, um sich nach Lausanne zu begeben, davon zu unterrichten. Wahrscheinlich wird Ismet Pascha, wenn ihn die Nachricht rechtzeitig erreicht, nicht in Lausanne bleiben, sondern die Reise sofort nach Paris fortsetzen.

Paris, 13. November. (WTA.) Ismet Pascha erklärte dem Vertreter des „Matin“, die Verantwortung der Regierung, die Friedenskonferenz verlagert hätten, sei ernst. Die Verschiebung gefährlich, weil man nicht leicht ein ganzes Volk und ein ganzes Land in der Ungewißheit des Waffenstillstandes erhalten könne. Es gäbe keine normalen Verbindungen zwischen den Mächten und der Türkei, oder ein ganzes Volk sei in nervöser, unbedingter Spannung.

Es darf nichts anderes verlangt, als den Frieden. Auch in Konstantinopel sei die Lage unüberschaubar verwirrt. Nachdem das persönliche Sultanat abgeschafft habe, seien die Nationalen an die Stelle der türkischen Behörden alten Regimes getreten. Möglichen Konflikte entstehen. Die Alliierten und die türkische

Polizei seien in Gefahr, aneinander zu geraten. Wäre es nicht besser, da Konstantinopel den Nationaltürken feierlichst versprochen worden sei, sie allein die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung übernehmen zu lassen? Sei eine einzige Autorität gegenüber einer tief beunruhigten Volksmenge nicht vorzuziehen? Wie diese Verzögerungen seien verhängnisvoll. Die Ziele und Wünsche der Türken gingen dahin, herzliche und enge Beziehungen zu Frankreich zu haben, aber Frankreich habe

ein freies Volk und keine Kolonie

vor sich, Gleichberechtigte und keine Vasallen.

Bern, 13. November. (WTA.) Die türkische Delegation ist in Lausanne eingetroffen.

Die Differenzen.

Paris, 13. November. (WTA.) Aus London meldet der „Petit Parisien“, daß die englische Regierung immer noch entschlossen sei, sich in Lausanne nur dann vertreten zu lassen, wenn die drei alliierten Großmächte vorher die Einheitsfront wiederhergestellt hätten, die nach den Zwischenfällen von Trianon die Situation gerettet habe. Dieser Befehl des Kabinetts Bonar Law sei unwiderruflich. Es würde nichts nützen, wenn man sich verheimlichen wollte, daß zwischen London und Paris in diesem Augenblick eine starke Spannung bestehe, und daß die

Entente eine der ernstesten Krisen

durchmache. Peinlich überrascht sei man in englischen amtlichen Kreisen davon, daß der französische Oberkommissar in Konstantinopel, General Bellei, vom Quai d'Orsay nicht ermächtigt worden sei, sich den beiden anderen Oberkommissaren hinsichtlich der etwaigen Verhängung des Belagerungszustandes anzuschließen. Die englische Regierung habe ihren Botschafter in Paris beauftragt, sich bei Poincaré zu erkundigen, ob er geneigt wäre, zu Verhandlungen mit Lord Curzon selbst nach London zu kommen.

Paris, 13. November. (WTA.) Aus Konstantinopel ist die Meldung eingegangen, daß General Bellei nun doch die Ermächtigung von der französischen Regierung erhalten hat, sich der Proklamierung des Belagerungszustandes anzuschließen, — aber nur dann, wenn festgestellt sei, daß es zu einem Kampf mit den Türken kommen werde.

Einig sind die Alliierten trotz aller Proteste Tschitscherins darin, daß Sowjetrußland nur an der Verhandlung über die Meerengen teilzunehmen habe.

Die Zustände in Konstantinopel.

Konstantinopel, 13. November. (Havas.) Am 9. November sind acht wegen Hochverrats angeklagte Personen hingerichtet worden. — Ob von Alt- oder Angoraturken oder (wahrscheinlicher) vom Entente Kommando, sagt Havas nicht.

Weiter sollen die Alliierten beschließen haben, die Zensur abzuschaffen, der die türkische Nachrichtenverbindung mit Angora unterworfen war. Die Lebensmittelfrage sei ernst. Infolge des hohen kemalistischen Zolttarifes seien große Mengen Mehl, die aus dem Auslande angelangt waren, wieder in die Schiffe verladen. Es fehle an Brot.

Dollar 8200-8400!

Unter dem Eindruck der unklaren innerpolitischen Verhältnisse war die Tendenz des Devisenmarktes heute sehr fest. Der Dollar schwankte zwischen 8200 und 8400. Die Umsätze sind allerdings nicht bedeutend, da der starke Nachfrage nur ein verschwindend kleines Angebot gegenübersteht.

Der Wechselkurs der Reichsbank ist heute von 8 auf 10 Proz. und der Lombardzinsfuß von 9 auf 11 Proz. erhöht worden.

Bestrebungen bewiesen, daß die Regierung, auch wenn sie gern wollte, der Beschleunigung zwischen Beamtenegehältern und Arbeiterlöhnen gar nicht ausweichen kann. Schon die eine Wahrheit, daß zwei Berufsstände, deren Arbeitskraft in denselben Produktionsprozeß als Wertfaktor eingestellt werden muß, in ihrer Entlohnung innere Zusammenhänge aufweisen müssen, sollte auch den Beamten zeigen, daß sie mit einer häufig nur auf sozialer Rückständigkeit beruhenden Auffassung volkswirtschaftlich nicht mehr bestehen können. Auch die unter Absehung gemeinsamer Verhandlungen in der Lohn- und Gehaltsfrage erhobene Forderung der Aufrechterhaltung des Berufsbeamtentums wird zum agitatorischen Schlagwort, wenn man mit ihr die notwendige geistige Umstellung des Beamtentums abwehren will. Gewiß ist es eine Tragik, daß die Gemerkschaften infolge Deutschlands wirtschaftlicher Lage die ihnen durch die Staatsumwälzung überkommene Möglichkeit, an der Regelung des Wirtschaftslebens unmittelbar mitzuwirken, augenblicklich nicht ausnützen können und auf die laufende Erhöhung des Nominallohns angewiesen sind. Diese Tatsache darf aber nicht hindern, nun erst recht alles Interesse für die währungspolitischen Maßnahmen aufzubringen, damit ihre auf grundsätzliche Neuordnung des Wirtschaftslebens abzielenden Bestrebungen aus der Theorie in die Praxis übergeführt werden können.

Ohne daß ihrerseits ein bestimmtes Wirtschaftssystem propagiert zu werden braucht, müssen auch die Beamten erkennen, daß sie um die praktische Mitwirkung an dem Abbau des geltenden Profitwirtschaftslehrens nicht herumkommen, und daß sie wahrhaftig alle Ursache haben, die zurzeit von gewisser Seite mit Hochdruck einsetzenden Bestrebungen auf Beseitigung des Achtstundentages nachdrücklich zu bekämpfen. Was Herr Stinnes soeben im Reichswirtschaftsrat in rücksichtsloser Form verkündete, ist die Meinung aller jener Kreise, die hoffen, durch Hemmung der Stabilisierungsbestrebungen ihre Hochkonjunktur zu verlängern und damit die Vormachtstellung des Kapitals zu erhalten. Wenn sie dieses Ziel erst einmal erreicht haben, werden sie als kluge Taktiker schon verstehen, die Massen der Arbeitnehmer und Verbraucher unter Druck zu halten. In richtiger Erkenntnis dieser Tatsache lehnt die erwähnte Eingabe des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes ab, daß Sanierungsversuche lediglich auf Kosten der Arbeitskraft des wertvollen Volkes, zu dem auch die Beamten gehören, gemacht werden, wobei letzten Endes wiederum die arbeitenden Schichten um den Ertrag dieser geforderten Mehrarbeit gebracht werden, ohne daß dadurch die Gewähr für eine wirkliche Verbesserung der Lage gegeben wäre.

Der in Verbindung mit der Bekämpfung des Währungsprogramms der Regierung von den Vertretern des Großkapitals entfachte Sturm gegen den Achtstundentag sollte den Beamten zu der Erkenntnis verhelfen, daß jener Seite alle Mittel recht sind, die Gewinnchancen, die ihr die Profitwirtschaft bietet, nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern nach Möglichkeit zu erweitern. Läßt sich dieses Ziel nicht mit der Privatisierung der Reichsbetriebe erreichen, so meinen jene Herrenmenschen, dann ohne sie, aber erreicht werden muß es, soll nicht die ganze Herrlichkeit des Herrenmenschentums in Scherben gehen.

Die Entscheidung rückt näher, auch die Beamten kommen nicht an ihr vorbei. Auch für sie wird die Gesundung unserer Währung zu dem Auftakt einer neuen Wirtschaftspolitik, die weder mit Schlagworten noch durch schöne Entschlüsse in Szene gesetzt werden kann. Hier kann es nur eins geben: den zielbewußten Zusammenschluß aller Arbeitnehmer und Verbraucher einschließlich der Beamten, um über den Weg genossenschaftlicher Praxis zu einer neuen Wirtschaftsordnung zu gelangen. An die Verwirklichung dieses Zieles kann aber nur gedacht werden, wenn es gelingt, die drohende Wirtschaftskatastrophe zu überwinden. Sie ist nicht zu überwinden allein durch die Gesundung unserer Währung. Dem Sinken der Mark Einhalt zu gebieten, ist der Ausgangspunkt des Gesundungsprozesses. Der Weg bis ans Ziel ist weit. Das Ziel bleibt unerreichbar, wenn man den Weg nicht will. Das muß sich auch die Beamtenschaft vor Augen halten, die gewerkschaftlich organisiert ist.

Proletarische Feierstunden.

Daß das Große Schauspielhaus doch manchmal eine Aufgabe erfüllen kann, zeigte am Sonntag die von der „Arbeiterbildungs-schule Berlin“ veranstaltete proletarische Feierstunde. Das Haus vermag mit einer Masse zu verwohnen, so daß wirklich Feierlichkeit aufkommt. Ein schöner, ein reiflicher schöner Sonntagvormittag diesmal, angefüllt mit Weize, Krost und Schmalz. Orgel und Violine — Walter Drexel und Alfred Wittenberg — mit Händel und Bach schenken die musikalische Basis, auf der die Feier sich aufbaute, der Berliner Schubert-Chor mit zwei Chören von Scherchen und Schullen den Schwung, der mitsch. Im Mittelpunkt standen die Sprechstunde, die unter Albert Florath's Leitung mehr als Gewöhnliches leisteten. Lothar Müthei, der auch Verse aus Gerhart Hauptmanns „Festspiel“ sprach, Gerda Müller, Heinrich Witte, Harry Berner und Toni Lehmann als Einzelsprecher an seiner Spitze, brachte der Sprechstunde zunächst Alfons Beholds Aufruf „Brot in Rot“ und dann das große Chorsprechwerk „Großstadt“ von Bruno Schönlank. Leben und Leiden des Proletariats in der Großstadt und durch die Großstadt, Knechtschaft, Krieg und Revolution klingen in diesem rhythmischen Chorsprechwerk zu einer großen und wilden Symphonie zusammen. Ueber Blut und Unterdrückung hebt sich die Freude am Schaffen, das „hohe Lied der Arbeit“. Der Mann fragt: „Fühlt ihr nicht mit stets ergriffenen Herzen Wunder eurer Hirne, eurer Hände?“ Und die Frau fragt noch dem Stolz:

„Daß deine Hand sich kaum bewegt und frisches Wasser klinget?
Daß deine Hand sich kaum geregt und jäh dir Licht aufspringt?
Daß deine Füße gehen nicht, und daß du dennoch eilst?
Und daß dein Mund mit Fernen spricht und du doch hier verweilst?“

Aber das arbeitende Volk leidet zu sehr, um Stolz und Freude der Arbeit zu fühlen:

„Wir fühlen und fühlen doch nicht.
Das Herz ist stumpf und sorgenschwer,
und was der helle Tag uns spricht,
kaum wissen wir's am Abend mehr.“

Und so rückt der Zeiger vorwärts, über den Lenz uns goldene Raib hinweg, über das Dämonenstadium hin, zur Mitternacht einer neuen Revolution. Staunenswert, mit welcher künstlerischen Disziplin und welcher mitreißenden Hingabe dieser Sprechstunde arbeitet. Von diesen „Diskontanten“ könnten viele Institute lernen, die unter der Fahne der sachmännischen Kunst segeln. Wie überhaupt die Disziplin der ganzen Veranstaltung, bis in die Zuschauerschaft hinein,

Unter Monarchen.

Wilhelm II. und Alexander III.

In seinen jüngst erschienenen „Denkwürdigkeiten“ (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt) erzählt Walderssee, wie er am 15. März 1890 in einem Gespräch mit Wilhelm II. gegen Bismarck loszog, der ruffreundlich sei und den Herrscher über die wahren Gesinnungen Russlands täusche. Dann heißt es wörtlich weiter:

Der Kaiser erwiderte: „Eigentümlich, gestern Abend hat mir Herr v. Helldorf genau dasselbe auseinandergesetzt. . . Mit Rußland steht es jetzt ganz schlecht; sie hehen dort gewaltig gegen mich, und Kaiser Alexander spricht in wegwerfenden Ausdrücken von mir, er sagt unter anderem, ich sei verrückt.“

In den „Ereignissen und Gestalten“ Wilhelms liest man dagegen:

Im Jahre 1890, bei den Wandern in Karwa, mußte ich dem Zaren die Geschichte des Abganges des Fürsten Bismarck genau schildern. Der Zar hörte mir aufmerksam zu. Als ich geendigt hatte, ergriff der sonst sehr kühle und zurückhaltende Herrscher, der seinen über Politik sprach, ganz spontan meine Hand, dankte mir für den Beweis meines Vertrauens, bedauerte, daß ich in solche Lage gebracht worden sei, und fügte wörtlich hinzu:

„Ich verstehe vollkommen deine Handlungsweise. Der Fürst war trotz all seiner Größe schließlich doch nichts anderes, als dein Beamter oder Beauftragter. In dem Augenblick, wo er sich weigerte, nach deinen Befehlen zu handeln, mußte er entlassen werden. Ich meinerseits habe immer Vertrauen gegen ihn gehabt und ihm niemals ein Wort von dem, was er mich wissen ließ oder selbst mir sagte, geglaubt, denn ich wußte genau, daß er mich immer anführte. Für die Beziehungen zwischen uns beiden, mein lieber Wilhelm, wird der Sturz des Fürsten die besten Folgen haben. Das Vertrauen wird schwinden. Ich habe Vertrauen zu dir. Du kannst dich auf mich verlassen.“

Alexander III. war also nicht nur ein Menschenkenner, sondern auch ein Diplomat.

Das Wirtschaftsprogramm der Demokraten.

Demokratische Kritik.

Die Forderung des demokratischen Wirtschaftsprogramms, „ausländische Zahlungsmittel in ausreichendem Umfang zuzulassen“, bietet für Georg Bernhard in der „Voss. Ztg.“ den Ausgangspunkt für folgende Betrachtungen:

Auch diese Sätze sind mindestens mißverständlich. Es sollte uns nicht wundern, wenn sie dahin verstanden werden, daß die demokratische Fraktion, um dem Handel und der Industrie die Rechnung in Devisen zu ermöglichen, jene Freiheit des Devisenhandels weiter bestehen lassen will, die das hinaustreiben des Dollars verschuldet hat. Denn es ist schwer anzunehmen, daß die Fraktion einer demokratischen Partei nur bestimmte Teile der Bevölkerung in ihrem Vermögen schützen, andere aber von Geheiß wegen zur Verarmung zwingen will. So oder so werden weite Teile der demokratischen Partei ein Programm mit derartigen Punkten ablehnen. Es kann keinem Kabinett als Stütze und Richtschnur und es kann leider auch nicht der Partei zur Mehrung ihrer Anhängerschaft dienen.

Unsere Voraussetzung, daß das rein kapitalistische Wirtschaftsprogramm der Demokraten auch in demokratischen Kreisen selbst starkes Kopfschütteln hervorrufen würde, beginnt sich damit zu erfüllen.

Der internationale Kapitalismus hilft. . .

Eine Rede Stresemanns.

Eberfeld, 13. November. (L.) Anlässlich des Parteitages der Deutschen Volkspartei sprach gestern im Thalia-Theater Dr. Stresemann über die innere und äußere Politik. Aus dem verzweifelten Zustand könne nur ein internationaler Weg zu einer glücklichen Zukunft führen. Aber weder die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund könne nach der Entscheidung dieses Bundes über Oberstufen dieser Weg sein, noch sei etwas vom internationalen Sozialismus zu erhoffen. Wohl könne dagegen ein

unter der nur wenige waren, die dieser Feierstunde durch Bessall die Würde nehmen wollten, das beste Zeugnis für die, auch von Gustav Eckhardt in seiner klaren Ansprache geforderten geistigen Selbstzucht war. Ein Proletariat, das solche seelische Kraft aufbringt und ihrer künstlerischen Auswirkung so anhängig und ergriffen lauscht, hat Kultur und wird weiterhin Kultur zeugen.

Deutscher Granit und deutscher Marmor. Mit einleuchtenden Gründen macht in der „Bauewelt“ der Baurat a. D. Hafal Propaganda für deutsche Baustoffe, die bisher vernachlässigt worden sind. Während man ungefähre Gelder für Granit aus Schweden und für Marmor aus Italien, Belgien und Griechenland opferle, ruhen die vorzüglichsten Granit- und Marmorarten ungenutzt in unserem deutschen Boden. Nur selten weiß ein Baumeister, daß Deutschland vorzügliche Granite von der größten Mitterungsbeständigkeit, von ausgezeichneter Tragfähigkeit und schönster Färbung besitzt. Hafal rühmt besonders den schwarzen Sornit oder Granit im Fichtelgebirge, in der sächsischen Saufsch und im Odenwald, den roten Granit von Reichen, den gelben des Schmeberg im Fichtelgebirge, den rosenroten von Fischbach im Riesengebirge, den weißschwarzen von Streichen in Sachsen, den blauen von Bayreuth und den steinroten aus den Bräsen von Böhmerberg bei Passau. Sämtliche Farben sind also in Deutschland zu finden.

Noch viel überraschender sind die Schätze an den schönsten deutschen Marmorarten, die ebenfalls fast völlig unbekannt sind. Wir besitzen an der Baha, in Balduinstein und Weiburg Hirschwarz gefärbten Marmor in größter Ausdehnung. An der Baha gibt es ebenso prächtigen roten Marmor. Auch in Schlesien, bei Lindewiese, findet sich schwarzer Marmor, nicht so tiefschwarz wie der Rastauer, dafür aber durchscheinender. In Schlesien gibt es bei Seitenberg in der Grafschaft Glatz sehr harten hellgrauen Marmor, der zum Ersatz des Carraromarmors für Tischplatten in Schlächterläden und Konditoreien und für Waschtische vortrefflich geeignet ist. Auch bei Regensburg harren sehr schöne gelbe Marmore der Erbschleim, und selbst Westfalen ist in der letzten Zeit mit großartig gefärbten Marmoren aus dem Markt erschienen.

Auch Deutsch-Oesterreich verfügt über herrliche Marmore im Solzbürgischen, feinschwarz und rot, die im bayerischen Riesengebirge bearbeitet werden. Sie sind von größter Tragfähigkeit und eignen sich wegen ihrer Helle und Zähigkeit vorzüglich zu Tischplatten.

Seit wann kennen wir Milliarde und Million? Wir sprechen heute von einer Milliarde wie von etwas Alltäglichem, während unsere Großväter noch kaum gewußt haben, was überhaupt eine Milliarde ist. Wie stark sich der Begriff für große Zahlen erweitert hat, ergibt sich, wenn man die Geschichte der einzelnen großen Zahlwörter verfolgt. Nach einem Auffah in „Reclams Universalium“ war der Zahlbegriff Million dem Altertum und dem frühen Mittelalter noch ganz fremd. Es ist bezeichnend, daß derjenige, der das Wort „millione“, d. h. Großtausend, geprägt hat, ein Reisender war, der Venetianer Marco Polo, der auf seinen Fahrten um die

internationaler Kapitalismus Europa und Deutschland aus dem unglücklichen verelendeten Zustande herausführen. Der im internationalen Handel sich jetzt arg bemerkbar machende Ausfall von deutschen, russischen und österreichischen Käufersängstige die großen Produktionsstaaten, und nur um diese Abgänge in Zukunft zu sichern, hätten sie ein Interesse an unserem Wiedererkersten. Zur Innenpolitik übergehend hob Dr. Stresemann die Notwendigkeit der Mehrerzeugung hervor, da wir zugrunde gehen müßten, wenn wir weniger produzieren als verzehren und meinte, daß man hinsichtlich des Achtstundentages die Ansicht vertreten könne, daß der Achtstundentag fallen könne, wenn eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat zustande käme, ohne daß der Staat danach das Recht habe, sich in diese Angelegenheit einzumischen. In Fällen wirtschaftlicher Notlage müßte der Reichskanzler zum mindesten berechtigt sein, Mehrarbeit zwangsweise anzuordnen.

Die Festnahme Koffbachs.

In der Sonntagnummer haben wir von der Festnahme und Wiederfreilassung des Freischarenführers Koffbach Mitteilung gemacht. Der amtliche preussische Pressedienst hatte der Presse von der Verhaftung Koffbachs und ihrer Begründung Kenntnis gegeben. Er wird beschuldigt, im preussischen Staatsgebiet in den letzten Wochen eine sehr rege Tätigkeit in der Begründung und Propagierung von Behemorganisationsen entfaltet zu haben.

Nachdem diese längst erforderliche Festsetzung erfolgt war, wurde Koffbach, wie wir ebenfalls bereits mitteilten, von dem Ermittlungsrichter des Staatsgerichtshofes, der besonders von Leipzig nach Berlin gekommen war, wieder auf freien Fuß gesetzt. Koffbach selbst hat darauf augenscheinlich die schwerindustrielle Telegraphenunion, die für die Behemorganisationsen immer eine besondere Vorliebe zeigt, informiert und die Telegraphenunion setzte sofort die Nachricht in die Welt, der amtliche preussische Pressedienst habe eine „Falschmeldung“ verbreitet. Koffbach sei gar nicht verhaftet, sondern nur auf dem Polizeipräsidium vernommen worden!

Diese Darstellung der „Telegraphenunion“ ist eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit. Der Jurist mag unterscheiden zwischen Verhaftung und Festnahme. Im Sprachgebrauch des Volkes aber ist derjenige verhaftet, der in der Absicht der Festhaltung von den Behörden in seiner Freiheit beschränkt wird. Das lag hier ganz zweifellos vor. Die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums hatte Koffbach vorläufig festgesetzt, nachdem sie ihn auf dem Lehrter Bahnhof in Empfang genommen hatte. Der Ermittlungsrichter hatte den Ertrag eines Haftbefehls abgelehnt, weil nach seiner Meinung ein Fluchtverdacht nicht vorliegt, weil Koffbach einen festen Wohnsitz in Wannsee hat und er ihm außerdem ehrenwörtlich versprochen hat, jedem Ruf der Polizei binnen 12 Stunden Folge zu leisten.

Ob diese Freilassung richtig war oder nicht, bleibe dahingestellt. Tatsache ist, daß das Verfahren gegen den Freischärler weitergeht und daß die Beschuldigungen aufrechterhalten werden. Wir wollen nur hoffen, daß in dem entscheidenden Augenblick der Ehrenwort-Koffbach nicht spurlos verschwunden sein wird.

Lebensmittelunruhen im Rheinland.

Köln, 13. November. (Rth.) Am letzten Freitag kam es in dem Industrienorort Köln-Rail zu Plünderungen der Lebensmittelgeschäfte. In mehreren Großhäusern wurden die Fensterscheiben zertrümmert und mit dem Ausräumen der Läden begonnen. Die Hauptverkehrsstraßen wurden von Tausenden von Menschen durchzogen, die durch ein starkes Aufgebot berittener Polizei auseinandergeprengt wurden.

Köln, 13. November. (Rth.) Die Ausschreitungen, die am Freitag in dem Vorort Rail begonnen hatten, sind am Sonnabend fortgesetzt worden und haben im Laufe des Tages auch auf der Vororte Rülheim und Ehrenfeld übergriffen. In einzelnen Geschäften wurden Fensterscheiben zertrümmert. Einzelne Beamte, die eingeschritten waren, wurden mit Steinen beworfen, so daß sie sich mit der blanken Waffe wehren mußten. In Ehrenfeld gab u. a. ein Polizeiwachmeister, den die Menge vom Pferde reihen wollte, in der Notwehr einen Schuß ab. Schließlich wurde die Menge zerstreut. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Welt seinen Gesichtskreis und ebenso seinen Begriff für Zahlen gewaltig erweiterte. Er wendet in seiner 1298 geschriebenen Reisebeschreibung das Wort „millione“ an, um die ungeheure Menge der in China lebenden Menschen zu bezeichnen. Eine derartige Bevölkerungszahl, die in dem damaligen Europa ganz unbekannt war, bedurfte eines neuen Wortes. Aber bei Marco Polo ist der Begriff Million nur eine ungefähre Massenangabe; als Zahlwort erscheint es erst gegen Ende des 15. Jahrhunderts. Doch aber nun ein Mensch eine Million von Vereinfachungen sein eigen nennen könnte, das ist erst viel später so geläufig geworden, daß man für sie ein besonderes Wort prägte. Die Bezeichnung Million, die erst durch Rothschild populär wurde und noch unseren Vätern so gewaltigen Respekt einflößte, ist zuerst von Jean Paul in Umlauf gebracht worden. Heute ist die Benennung eines reichen Mannes als Millionär bereits veraltet. Wir hören nur noch von Milliarden; aber dies Wort war dem Deutschen vor 1870 ganz fremd. Es wurde zuerst nach dem Frankfurter Frieden als Bezeichnung von 1000 Millionen geläufiger, da die Franzosen damals die Milliardenentschädigung zahlten. Die romanischen Völker haben übrigens schon den Zahlbegriff von 1000 Millionen das Wort Billion, das wir Deutsche anwenden, um die „astronomische Zahl“ eine Million Millionen auszudrücken.

Einführung des metrischen Systems in Rußland. Der Rat der Volkskommissare hat einen neuen Plan der Einführung des metrischen Systems in Rußland, die schon verschiedentlich, aber erfolglos in Angriff genommen war, bestätigt. Danach müssen die metrischen Gewichte, Längen und Höhenmaße in den Kommissariaten für Außenhandel, Post und Telegraphen und Gesundheitswesen zum 1. Januar 1923 eingeführt sein. Vom 1. Januar 1924 bis zum 1. Januar 1927 müssen die einzelnen Maße zu verschiedenen Terminen in allen Volkskommissariaten, dem Obersten Reichswirtschaftsrat, dem Groß- und Kleinhandel durchgehend eingeführt werden. Alle Behörden sowie staatlichen und privaten Unternehmen sind angewiesen worden, unterzüglich nach diesem Plane zur Einführung des metrischen Systems zu schreiten und ihre Angestellten damit vertraut zu machen.

Der Anti-Veils 1922. Der Vertrauensmann der Anti-Stiftung Herbert Ahring, hat den Anti-Veils dieses Jahres Bertold Brecht für seine drei Dramen „Prometeus in der Fackel“, „Tausend“ und „Im Dichter“ zuerkannt. Er hat ferner drei ehrende Erwähnungen auszusprechen und zwar für Ernst Barlach (Dramen: „Der arme Peter“, „Die ersten Erdemurder“ und „Der tote Tag“), ferner Ernst Behl (Drama: „Dionysia“) und Ullrich für sein Trauerspiel „Der tote Heimkehrer“.

Japanische Stifte für die deutsche Wissenschaft. Ein japanischer Großunternehmer Kajim Hoshi hat auf drei Jahre einige hundert Millionen Mark für die deutsche Wissenschaft, insbesondere für die chemischen Institute in Dablen gestiftet.

Eine Statistik der amerikanischen Eigenheime. In einer offiziellen Statistik des amerikanischen Handelsministeriums, die in der „Times“ wiedergegeben wird, wird die Zahl der Bewohner der Städte von über 100 000 Einwohner, die in einem eigenen Hause leben, graphisch dargestellt. Die geringste Zahl von Eigenheimbesitzern gab es 1920 in New York; 12,7 Proz. der 1 788 341 Gebäude waren von einer Familie bewohnt. Die größte Zahl von Eigenhäusern gibt es in Des Moines in Iowa, wo von den 21 644 Häusern 31,1 Proz. den darin Wohnenden gehören.

Wahlfolgen in Amerika.

Washington, 11. November. (U.) In verschiedenen Staaten der Union haben sich Komitees zur Vorbereitung der Gründung einer neuen amerikanischen Volkspartei gebildet. Die neue Partei soll unter der Parole des Kampfes gegen die hohen Steuern, gegen unnötige Staatsausgaben und des Eintretens für die arbeitenden Stände aller Richtungen (?) im Frühjahr 1924 in den Wahlkampf eintreten. Bekannte Senatoren und Abgeordnete sollen sich zur Arbeit zur Verfügung gestellt haben, Senator Borah erklärte sich bereit, für die neue Richtung im ganzen Lande zu werden.

Bei der Belanglosigkeit von bürgerlichen Parteiprogrammen in Amerika wird man dieser Neugründung zunächst skeptisch gegenübersehen. Der Verdacht, daß nur eine neue Firmenliste aufgeföhrt werden soll, um wieder Kundschaf anzuloden, wird verstärkt durch die Washingtoner Meldung des Pariser „New York Herald“, wonach dort Gerüchte über eine Erschlüchterung der republikanischen Partei umgehen, die den Zusammenbruch ihrer bisherigen Organisation befürchten lasse. Eine Reihe angesehener Führer werde aufgefordert werden, zurückzutreten und ihre Stellungen jüngerer Parteimitgliedern einzuräumen. Dabei würden die republikanischen Parteigrundstoffe eine weitergehende Auslegung erfahren und das fortschrittliche Element innerhalb der Partei, insbesondere im Senat, ausgeschlagen werden. So würde der Parteivorsitzende Adams und der Fraktionsführer im Senat Lodge zurücktreten. Damit werde auch die Bildung eines neuen geschäftsführenden Ausschusses und eine völlige Reorganisation in der Führung der Partei nötig werden. Die radikale Gruppe innerhalb der Partei, u. a. die Senatoren Borah, La Follette, Johnson und Norris, werde voraussichtlich jeder Befehlsgebung Widerstand leisten, die zu einer Erschlüchterung in der Lage der ausländischen Schuldner Americas führen könnte, und jede Initiative auf gesetzgeberischem Gebiet bekämpfen, aus der den Vereinigten Staaten außenpolitische Bewidlungen erwachsen könnten. Die Gruppe werde ferner gegen jede Herabsetzung des Zolltarifs sein, falls nicht die Beschaffung durch eine Besserung der fremden Währungen von selbst einen Schutzwall gegen fremde landwirtschaftliche Erzeugnisse schäfen. Die radikale Gruppe vertrete die größten landwirtschaftlichen Gebiete und stelle das Interesse der Farmer über dasjenige des Landes.

Clemenceau tritt, ungeachtet seiner 83 Jahre, eine Vortragsreise durch die Vereinigten Staaten an; er will auf englisch den Amerikanern sein höchstes Verdienst loben. Da das Werk den Meister nicht lobt, muß er es selber tun. Städtische Reisel

Galizische Wahlkasseruna in Sicht.

Warschau, 13. November. Wie die Blätter melden, hat die Regierung in das östliche Grenzgebiet eine besondere Kommission entsandt, um die Hebergänge zu untersuchen, die unterlaufen sein sollen. Eine Reihe von Agitatoren der nationalen Minderheiten seien verhaftet. Wie bekannt, wurden im östlichen Grenzgebiete fast alle Stimmen für den Block der nationalen Minderheiten abgegeben.

Lemberg, 13. November. (W.B.) Die Delegation des jüdischen Nationalrates für Ostgalizien stellt im Einvernehmen mit den zionistischen Instanzen fest, daß deren Wahlbeteiligung keineswegs ein Aufgeben der von den Juden im November 1918 eingenommenen neutralen Haltung im ukrainisch-polnischen Streit bedeute.

„Dziennik Lugowsky“ (Volksblatt) meldet: Bei Jaszczynski ist eine neue ukrainische Volksabteilung abgeteilt, die polnische Gutshöfe und Kolonistenwirtschaften in Brand steckt. Bei Horodensko kam es zwischen einer ukrainischen Abteilung und dem polnischen Militär zu einem Gefecht, bei dem es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab. (Kurier Smowski (Lemberger Kurier) meldet, daß in Sadow bei Bembarg eine polnische Militärabteilung mit einer ukrainischen Volksabteilung zusammengestoßen ist, wobei es zu einem regelrechten Gefecht kam, ebenso im Bezirk Bobrka.

In der Nacht auf den 5. d. Mis. wurden die Ukrainer Buchmatul und Pyschulak, die für den polnischen Sejm kandidierten, von unbekanntem Täter erschossen.

Englische Wahlprognose.

London, 13. November. (E.P.) Der diplomatische Mitarbeiter der „Sunday Times“ schreibt in Regierungskreisen erwartet man eine Mehrheit der Konservativen von 20 bis 30 Sitzen gegenüber den anderen Parteien. Die voraussichtliche Zusammensetzung des neuen Parlaments werde folgende sein: Konservativen 325, Arbeiterpartei 135, Unabhängige Liberale 100, Nationale Liberale 65, andere Parteien 5.

Nach der Berliner Reise.

Paris, 13. November. (E.P.) Barthou erstattete am Sonntag nachmittag einen Bericht über die Tätigkeit der Reparationskommission in Berlin. Die Meldung, wonach die Reparationskommission der Umbildung des deutschen Kabinetts zugestimmt (?) habe, wird demontiert. Man weiß darauf hin, daß die Reparationskommission kein politischer Organismus sei und deshalb politischen Fragen weder zustimmen noch diese mißbilligen könne.

Die Welfen werden aktiv.

Trennung Hannovers von Preußen.

Hannover, 13. November. (W.B.) Die aus dem ganzen hannoverschen Lande zahlreich besuchte Generalsammlung der Deutschhannoverschen Partei beschloß am Sonntag die sofortige Einreichung des Antrages auf eine Abstimmung zum Zwecke der Trennung Hannovers von Preußen.

Devisenkurse.

	13. November		11. November	
	Käufer (Rubel)	Verkäufer (Rubel)	Käufer (Rubel)	Verkäufer (Rubel)
1 holländischer Gulden	8192.—	8208.—	8192.—	8208.—
1 argentinischer Papier-Peso	2682.65	2647.35	2682.65	2647.35
1 belgischer Franc	478.80	481.20	478.80	481.20
1 norwegische Krone	1526.17	1533.83	1526.17	1533.83
1 dänische Krone	1645.87	1651.13	1645.87	1651.13
1 schwedische Krone	2194.50	2255.50	2194.50	2255.50
1 finnische Mark	201.40	202.51	199.50	200.50
1 japanischer Yen	8998.23	8917.77	—	—
1 italienische Lire	867.08	865.92	853.60	858.40
1 Pfund Sterling	36408.75	36591.25	36408.75	36591.25
1 Dollar	8104.68	8145.32	8179.50	8220.50
1 französischer Franc	816.20	816.80	818.70	821.80
1 brasilianischer Milreis	987.52	992.78	942.63	947.87
1 Schweizer Franc	1478.30	1483.70	1489.27	1493.73
1 spanischer Pseta	1220.92	1238.08	1216.93	1223.07
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	10.47	10.53
1 tschechische Krone	254.88	255.64	253.35	250.65
1 ungarische Krone	—	—	8.34	8.38
1 bulgarischer Lewa	—	—	87.85	88.15
1 jugoslawischer Dinar	—	—	188.66	184.84

Großfeuer bei Siemens-Schuckert.

Das Kabelwerk teilweise abgebrannt, ein Feuerwehrmann tot.

Am Sonntag, nachmittags 4,40 Uhr, ist im Kabelwerk Gartenfeld der Firma Siemens u. Halske ein Großfeuer ausgebrochen. Der Brandherd soll in einem Räume neben der Kloppelei gelegen haben. Es ist dies die Ofseite des Wertes, und da Ostwind wehte, hat sich das Feuer mit rasender Geschwindigkeit über die Baderei, Spinnerei usw. verbreitet. Bald stand das ganze Gebäude, das 28 000 Quadratmeter Fläche bedeckt, in Flammen. Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten und der durch die Leertorräte verursachten Hitze gelang es der vereinigten Spandauer, Charlottenburger und Berliner Wehren sowie der Siemens-Feuerwehr, den Brand zu lokalisieren. Durch das Verlagern der Telefonverbindung kam die Berliner Feuerwehr erst um 6 Uhr auf der Brandstätte an, deren Feuerzeichen weithin sichtbar waren. Eine ungeheure Menge umlagerte das brennende Fabrikgebäude. Mit mehr als 50 Rohren wurde der Brandherd um 6 Uhr nachmittags angegriffen. Das Gebäude war inzwischen schon teilweise zusammengefallen. Bei den Löscharbeiten zogen sich die Feuerwehrleute Theodor Weigt und Heinrich Vogt schwere Rauchvergiftungen zu, so daß sie durch Autos in das Krankenhaus Spandau überführt werden mußten. Weigt, der der Siemens-Feuerwehr angehört, ist auf dem Transport dorthin verstorben. Auch noch andere Vergiftete wurden bewußlos in das Krankenhaus geschafft. Den vereinten Bemühungen der Feuerwehren gelang es, den Brand zu lokalisieren. Die gesamte Kabel- und Gummifabrikation, sowie der gesamte Betrieb des Metallwertes sind untersehr. Ein Teil der Arbeiten der verarbeiteten Sätze kann in der den Siemens-Schuckert-Werken gehörenden Leitungsfabrik in Blauen in Sachsen ausgeführt werden. Ueber die Entstehungsurache des Feuers sind noch keine Anhaltspunkte gegeben. Nach Aussage der Wächter sind die Räume zum letztmal um 3,30 Uhr kontrolliert worden, wobei nichts Auffälliges bemerkt wurde. Gegen 8 Uhr abends war die größte Gefahr beseitigt, und gegen 8 Uhr nachts konnte die Feuerwehr mit Ausnahme einiger Abteilungen, die die Aufräumungsarbeiten erlebten und die hin und wieder auflodernden Flammen löschten, abrücken. Der entstandene Schaden geht in die Milliarden. Es muß noch hervorgehoben werden, daß sich die Leitung der Feuerwehren über den sehr schlechten Zustand der Straßen beschwerte, durch den die Löscharbeiten verzögert wurden. So gestattete sich die Anfuhr der Berliner Feuerwehr außerordentlich schwierig. Die Wagen blieben mehrmals im Morast stecken, und nur mit großer Mühe gelang es, an die Brandstelle heranzukommen.

Die vermauerte Gesandtschaft.

An der Schwelle der Exterritorialität.

Das Bureau der rumänischen Gesandtschaft in dem Hause Matthäikirchstraße 27 ist von dem Hauseigentümer, Regierungsrat Dr. Schön v. Wildenegg zugemauert worden, um den rumänischen Beamten das Betreten der Wohnung, für die seit dem 1. Juli dieses Jahres keine Miete mehr gezahlt worden ist, unmöglich zu machen.

Inzwischen hat sich der rumänische Botschafter an das Auswärtige Amt gemeldet und um Intervention in dieser für die rumänische Vertretung überaus peinlichen Angelegenheit gebeten. Die Schwierigkeiten sind jedoch nicht ohne weiteres aus der Welt zu schaffen. In dem vorliegenden Falle hatte sich die interessante Differenz ergeben, daß keine zuständige Behörde sich für besagt erachtete, bei dem rumänischen Gesandten zu intervenieren, achweige denn irgendein Rechtsmittel dem Gesandten gegenüber geltend zu machen. Besonders ansehbar dürfte in dem Streit die Haltung des Wohnungsamtes sein. Das Wohnungsamt hatte der Gesandtschaft die von ihr innegehabten Räume zugewiesen und den Rumänen gleichzeitig den Schutz der eigentlich nur für deutsche Reichsangehörige gedachten Mieterschutzverordnung zugesagt. Obwohl das Wohnungsamt sich zugunsten der ausländischen Gesandtschaft eingesetzt hatte, erklärte es sich später für unzuständig, als der Hauswirt die Räumungserlaubnis gegenüber seinem Mieter verlangte. Da auch das Auswärtige Amt ein Eingreifen ablehnte, griff der Vermieter zu dem allerdings etwas ungewöhnlichen Mittel, den Wohnungseingang vermauern zu lassen. Er tat das, nachdem die Post es abgelehnt hatte, eine Zahlungsaufforderung zu erheben, da nach Auskunft der Reichspost ihre Befugnis an der Schwelle exterritorialer Räumlichkeiten aufhöret. Der Hauswirt hat dem Wohnungsminister die von ihm gepferete Wohnung zur Verfügung gestellt, und zwar mit dem ausdrücklichen Bemerk, daß er die von den Rumänen bisher innegehabten Zimmer einer notleidenden deutschen Familie abzutreten bereit sei.

Der Verfassungstaler.

Ein Taler ist heute eine sehr kleine Münze, etwa drei Zehntel Goldpfennige, und wer seinen Sohn ger in lauter harten Talern nach Hause tragen sollte, dürfte, trotzdem sie aus Leichtmetall bestehen, darüber sehr wenig erbaudt sein. Trotzdem hat die staatliche Münze angeblich Millionen von Talern geprägt, die das Datum des Verfassungstages, des 11. August 1922, tragen. Jede Woche sollen nicht weniger als 4, ja sogar 7 Millionen von diesem neuen Hartgeld hergestellt werden, so daß alsbald jeder Deutsche mit einem Taler gefasnet sein könnte. Dieser unseres Vatters, die sich für dieses Geld interessieren, fragen nun an, wo es eigentlich zu finden sei, denn nirgends hätten sie es entdecken können. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß dieses praktisch so völlig ungenügende Zahlungsmittel von eifrigen Sammlern als Kuriosum betrachtet und von ihnen irgendwo verborgen aufbewahrt wird. Wahrscheinlich würden sich diese glücklichen Talerbesitzer genau so beschweren, wenn diese Münze nach nicht ihre Sammlung zierle, wie jene, die sich vergeblich nach dem Verbleib des neuen Talers erkundigen. Es bleibt schließlich noch die Frage übrig, ob es sich bei der steigenden Geldwertung überhaupt noch lohnt, eine Münze zu prägen, deren Wert in Bruchteilen von Goldpfennigen ausgedrückt, uns täglich mit der Welt des unendlich Kleinen vertrauter machen müßte.

Ein schwerer Raubüberfall wurde am 16. September am Gartenplatz 7 an einer Frau Obermann, die durch Hofenstiepen für Zwischenmeister ihren Lebensunterhalt erworb, verübt. Sie wurde gefesselt und gelindebt und ihrer Geld- und Silberachen, der Uhr usw. beraubt. Der Räuber deckte die Hebersallene mit einem Bett und nahm dann auch noch die Hosen, die sie zur Verarbeitungsverhalten hatte, mit. Sie war dem Tode nahe, als man sie aufgefunden. Die eingehenden Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß der Täter einer ihrer Schlafsucherchen war, ein 25 Jahre alter Paul Egeid. Dieser war, als man ihn festnehmen wollte, verschwunden. Jetzt ist es gelungen, ihn in Hamburg in Westfalen zu ermitteln. Von dort wurde er bereits nach Berlin zurückgebracht. Es erob sich, daß er in seiner Heimat Glöbich Frau und Kinder im Stich gelassen, nachdem er die ganze Wohnungseinrichtung verkauft hatte. Die Leute aus dem Raubüberfall, die 50 000 Mark wert war, hatte er in der Münzstraße für 3 000 Mark verkauft. Den Erlös hatte er bald mit leichtsinnigen Wäggen durchgebracht.

Syndikalistische Kundgebung vor dem Polizeipräsidium. Die Syndikalistinnen hatten am gestrigen Sonntag in den Sophienpforten eine stark besuchte Versammlung einberufen, um gegen die Inhaftierung des italienischen Revolutionärs Ghezzi zu protestieren, der von der Anstaltsbehörde in Roland wegen Gehörbündelerei gefucht wird. In der Versammlung sprachen der holländische Syndikalistucci und Berthold Cohn, die beide in scharfer Weise gegen die Ver-

haftung Ghezzi und seine Unterbringung im Polizeigefängnis protestierten. Die Versammlungsteilnehmer, die zu etwa einem Drittel aus Angehörigen des Hofis für Obdachlose bestanden, zogen dann mit zahlreichen schwarzen Bannern und Plakaten, in denen gegen die Auslieferung Ghezzi protestiert und die Haftentlassung von Hötz und anderen Revolutionären gefordert wurde, vor das Polizeipräsidium, wo sich nach einer weiteren Ansprache die Demonstration in Ruhe auflöste.

Eine öffentliche Wapenkundgebung findet statt am Dienstag, den 14. November, 7 Uhr abends, in der Stadthalle, Klosterstraße, Ecke Straßauer Straße. Es sprechen: Pfarrer Kleier, Rechtsanwalt Grünspach, Prof. Dostreich, Erich Weiser. Versammlungsleitung: Wolf Bardach.

„Landestirche und Weltkrieg“ lautet das Thema, worüber Genosse Dr. Jädel heute Montag abend 7 1/2 Uhr in der Mittelschule I, Steglitz, Sachfenwaldstraße, spricht.

Erdbebenkatastrophe in Chile.

Der von uns in der Sonntagsausgabe wiedergegebenen Meldung über die Registrierung ungemein heftiger Vberbeben auf der Sternwarte Königsstuhl folgen jetzt die Meldungen aus den betroffenen südamerikanischen Staaten auf dem Fuße. Die Beben haben insbesondere Chile auf das furchtbarste heimgesucht. Der Umfang der Katastrophe läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen, da die Telegraphenlinien teilweise zerstört sind. Wir erhalten folgende Meldungen:

New York, 12. November. Wie aus Santiago gemeldet wird, wurde an der ganzen chilenischen Küste ein heftiges Erdbeben verspürt. Man zählt 200 Tote und 400 Verletzte. Mehr als 500 Häuser wurden zerstört, hauptsächlich durch das Eindringen der Flut, die stellenweise bis eine Meile weit ins Land ergoß. Das Zentrum der Erschlüchterung lag zwischen Coquimbo und La Serena. In diesen Städten waren die Erschlüchterungen am größten. Die Telefon- und Telegraphenverbindungen mit Argentinien sind unterbrochen. Mehrere Kabel wurden zerstört. — Wie Neuler aus Santiago de Chile meldet, sind bei dem Erdbeben in Coquimbo fünfhundert, in Copiapo und anderen Orten schätzungsweise zweihundert Menschen ums Leben gekommen. Vierhundert Personen wurden verletzt.

Buenos Aires, 12. November. Die Verbindungen mit Chile sind wieder hergestellt, so daß es möglich geworden ist, über das Erdbeben nähere Einzelheiten zu erfahren. Es scheint aus den letzten Meldungen hervorzunehmen, daß die Zahl der Toten weit größer ist, als anfangs angenommen wurde. Eine bestimmte Zahl kann jedoch nicht angegeben werden. In Santiago zählt man allein 100 Tote. Im Norden des Landes sind mehrere Städte durch haushohe Sturzwellen überflutet worden, so daß die Menschen im Wasser ertranken. Es erfolgten im ganzen zwei Erdstöße, von denen der zweite der heftigere war. Weiter wird aus Santiago gemeldet, daß das Erdbeben auf der Strecke von 1500 Meilen zwischen Maque und Valdivia verspürt wurde. Die Stadt Coquimbo ist vollständig zerstört. Im ganzen Lande beläuft sich die Zahl der eingestürzten Häuser auf mehrere Tausend.

Das letzte Beben, das Amerika bedrohte, ereignete sich in Mexiko im Juni 1911. Die Erdbebenkatastrophe von San Francisco verheerte im Jahre 1906 diese Stadt fast vollständig. Auch die Stadt Salvador wurde im Jahre 1917 durch ein Erdbeben fast ziemlich zerstört.

Das Giftkassenat auf den Londoner Polizeipräsidien. Es hat sich herausgestellt, daß das Paket Schokolade wodurch der Londoner Polizeipräsident verurteilt wurde, von einer Frau der Post ausgegeben wurde. Man vermutet, daß die Urheber des Attentats Sinnenfeiner sind und erinnert daran, daß der Polizeipräsident früher Kommandant in Irland war und seit der Hinrichtung der Lorden des Marshalls Wilson zahlreiche Drohbriefe erhalten habe.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig wärmer, zeitweise auffarend, jedoch überwiegend nebelhaft oder bewölkt, bei mäßigen südlichen Winden. Keine wesentlichen Niederschläge.

Groß-Berliner Partei-Nachrichten

der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Janusfaschisten, Ortsgruppe Rudow Dienstag 8 Uhr in der Schule Tustufer Straße 3-4 Mittelberederverammlung
100. Wkt. Friedrichslegen. Versammlung der Schulfinder unserer Mittelschule am Dienstag, den 14. nachmittags 8 Uhr in der Turnhalle der Anabensschule. Wichtige Besprechungen unserer Weihnachtsfeier und Bestellung der Rollen.

Sport.

Preis von Lannenberg in Mariendorf.

Ein über die englische Meile überendes Silbafahren, dotiert mit 300 000 Mark und genannt der Preis von Lannenberg, kam am Sonntag in Mariendorf zum Austrag. Peter Duffy trug das meiste Vertrauen des Publikums, er kam nicht feibereit über die Bahn, lief aber doch ein sehr gutes Rennen, obwohl Constantine the Great zwei Siechen gewann.

1. Rennen 1. Longobardo (Graue), 2. Kogenluft, 3. Dibbende. Toto: 14:10. Wah: 11, 18, 81:10. Ferner liefen: Marita (als 1. bis qualifiziert), 50 Pros. Eisen und Wagemeyer zurück, Lumpf, Wessenschmidt, Pflanzl, Lang I, Kell, Hofmann II, Ering Kund.
2. Rennen 1. Rosenlöcher (Dorn), 2. Salusener, 2. Dorn W., 3. Renen. Toto: 24:10. Wah: 14, 26, 29:10. Ferner liefen: Baron Eyworth, Pulner V., Stella Carl, Brins Abdel.
3. Rennen 1. Quade W. (Reiter), 2. Carlstein, 3. Reibell III. Toto: 30:10. Wah: 17, 19, 19:10. Ferner liefen: Ludmilla I, Sempel, Brabant, Heilmann, Heiderich W., Goldschell, Ag.
4. Rennen 1. Eberst (Reiter), 2. Juma Bergfried, 3. Böhel. Toto: 11:10. Wah: 12, 17:10. Ferner liefen: Durdbruch, Schild, Heilke.
5. Rennen 1. Eichen I, 1. Constantine the Great (Wrotmann), 2. Fels Worth, 3. Duga. Toto: 31:10. Wah: 16, 18, 36:10. Ferner liefen: Peter Duffy (4.), Peter I (5.), Baron Wallis, Wenslein, Cudrun II, 11. Siechen, 1. Constantine the Great, 2. Duga, 3. Peter Duffy. Toto: 26:10. Wah: 13, 24, 12:10. Ferner liefen: Wesse Worth (4.), Peter I (5.), Baron Wallis, Cudrun II.
6. Rennen 1. Vachell (Fehl), 2. Wäbel, 3. Partensfeld. Toto: 142:10. Wah: 25, 44, 18:10. Ferner liefen: Silberfer, Wallis, Topnamdur, Languste, Seemold, Clara I.
7. Rennen 1. Starisco (Palmer), 2. Gregor I, 3. Vontrestma. Toto: 16:10. Wah: 12, 13, 18:10. Ferner liefen: Carins, Friedensmare, Grabisco, Sigurd, Thina.

Nachrennen im Sportpalast. Auch gestern hatten die Rabspartikende sich wieder vollständig eingestellt, um den Kampf an der Winterbahn beizuwohnen. Eingeleitet wurde der Abend durch sechs Verläufe zu einem Vorgesetzten über 6 Runden. Den Anlauf gewann dann schließlich der Amateur Eberfeld mit 25 Meter Vorlauf der Schulz 75. Wiener 100. Haber 125. Veit 50 und Koles (Holland) 0 Meter Vorlauf. In einem Freiermannschafstreffen traten als Mannschaf 1. Ritt, Hoffmann, Lohr Trib gegen Mannschaf 2: Dahn, Seidow, Ud. Duchsle, 1. Treffen, Malschren über 6 Runden. Gesamtresultat: Sieg der Mannschaf 2 mit 4 Punkten vor Mannschaf 1 mit 5 Punkten. 2. Treffen, Verlosungsrennen: Sieg der Mannschaf 2 mit 8:6 Punkten vor 10 Runden in 2 Min. 3. Set. 3. Treffen, 6 Runden über 20 Runden mit 6 Vertungen. Gesamtresultat: Sieg der Mannschaf 2 mit 56:70 Punkten in 7 Min. 29". 4. Gesamtergebnis der Punktverteilungen: Sieg der Mannschaf 2 mit Seidow, Ud. Duchsle mit 63 Punkten vor Ritt, Lohr Trib, Hoffmann mit 51 Punkten. Ein langes Promenadenrennen über 200 Runden entschiede wieder die übliche wilde Jagd, wobei es Holz gelang, dem ganzen Felde eine Runde abzuräumen; er gewann das lange Rennen in 52 Min. 48. Set. vor Behrend, Lechner, Rantzen, Gamte und Eberfeld.

